

1 **Antrag 3.1:**

2 **Antrag zum Wahlprogramm 2026 des BSW Bezirksverbandes Charlottenburg-**  
3 **Wilmersdorf**

4 **Antragsteller: Bezirksvorstand des BSW Charlottenburg-Wilmersdorf**

5

6 **Berlin: mit uns sozial gerecht und wirtschaftlich**  
7 **vernünftig**

8

## 9 **Präambel**

10 Charlottenburg-Wilmersdorf ist kein lauter Bezirk, aber ein verlässlicher. Geprägt von  
11 Geschichte, Haltung und dem Anspruch, dass das tägliche Leben funktionieren muss,  
12 ohne auf Werte zu verzichten. Um unser Zuhause zu bewahren, setzen wir auf  
13 Forderungen die bürgernah und fair sind. Charlottenburg-Wilmersdorf soll ein Bezirk  
14 sein, in dem der Alltag funktioniert. Saubere Parks, sichere Straßen und ein öffentlicher  
15 Raum, in dem sich Familien, Kinder und Senioren wohlfühlen können, bilden die  
16 Grundlage für eine hohe Lebensqualität.

17

18 Unser Bezirk braucht eine Stadtentwicklung, die die Wohnungsnot ernst nimmt,  
19 bezahlbaren Wohnraum schützt und neue grüne Begegnungsflächen schafft.  
20 Wirtschaftlich braucht der Bezirk pragmatische Lösungen: Weniger Bürokratie, bessere  
21 Kommunikation mit der Verwaltung und die Möglichkeit, leerstehende Ladenflächen für  
22 einen begrenzten Zeitraum zu nutzen, damit der Einstieg neuer kultureller oder  
23 wirtschaftlicher Projekte erleichtert wird. Gute Bildung ist die Grundlage für  
24 Chancengleichheit. Wir wollen die Instandhaltung unserer Schulen sichern und sowohl  
25 Integrierte Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen als auch Gymnasien stärken.

26

27 Migration, die organisiert und kontrolliert in Arbeit erfolgt, ist eine große Bereicherung.  
28 Wer aber will, dass Integration gelingt, muss Migration steuern und begrenzen.

29 Verkehrssicherheit entsteht nicht durch Symbolpolitik, sondern durch übersichtliche  
30 Verkehrsführung und Investitionen in der Infrastruktur. Im Gesundheitsbereich setzen wir  
31 stärker auf Prävention durch zugänglichere Erste-Hilfe-Kurse und den Ausbau  
32 Integrierter Notfallzentren (INZ), die Rettungsstellen entlasten. Gleichzeitig müssen die  
33 Erfahrungen der Corona-Pandemie transparent aufgearbeitet werden. Wir setzen uns  
34 dafür ein, den Kulturretat wieder zu stärken und kulturelle Einrichtungen zu unterstützen.

35

36 Die Werte des BSW sind die Grundlage unserer Politik im Bezirk. Mit diesem  
37 Wahlprogramm machen wir deutlich, wie wir unsere Ziele in konkrete Maßnahmen für  
38 Charlottenburg-Wilmersdorf umsetzen. Für eine Politik, die den Alltag der Menschen  
39 verbessert und sich an denen orientiert, die unseren Bezirk täglich durch ihre  
40 Arbeit tragen.

41

42

## 43 **Mieten, Wohnen, Stadtentwicklung**

44 Wohnen ist für viele Charlottenburg-Wilmersdorfer ein Verarmungsprogramm: 95 %  
45 der Berliner Geringverdiener können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten. Die  
46 arbeitende Mitte, die alles am Laufen hält, sieht sich auch in unserer Gesellschaft  
47 einem Abstieg ausgesetzt. Selbst Mittel- und Gutverdiener müssen inzwischen über 50  
48 % ihres Einkommens für Miete ausgeben.

49

50 Die selbstgesteckten Neubauziele des Berliner Senats von 20.000 Wohnungen wurden  
51 2025 mit 14.000 fertiggestellten Wohnungen klar verfehlt. Die Konkurrenz um die  
52 Wohnungen wird zusätzlich verschärft durch die Ankunft von 5.970 Asylsuchenden im  
53 Jahr 2025 (2024: 10.749) und 8.947 Flüchtlingen aus der Ukraine (2024: 10.408).

54

55 Die etablierten Parteien von Links-Grün bis Schwarz-Rot im Bund und auch in Berlin  
56 sind nicht bereit, hier wirklich etwas daran zu ändern. Im Gegenteil: Durch die Absicht  
57 künftig fast die Hälfte des Bundeshaushalts für Militär, Rüstung und Krieg ausgeben zu

58 wollen, wird auch in den Landes- und Bezirkshaushalten bei Sozialem und auch beim  
59 Wohnen gespart. Wir setzen stattdessen auf konkrete Maßnahmen auf Bezirksebene,  
60 damit Wohnen wieder bezahlbar wird.

61

## 62 **Konzepte gegen illegale Ferienwohnungen**

63 Wir fordern eine konsequente Umsetzung des Berliner  
64 Wohnraumzweckentfremdungsgesetzes durch folgende Schritte:

65 1. Registrierungspflicht (ID-System) für möbliertes oder Kurzzeit-Wohnen führt  
66 dazu, dass Angebote ohne Nummer sofort auffallen.

67 2. Mithilfe von Web-Scraping- und Monitoring-Software werden die großen  
68 Portale automatisch nach Inseraten im Stadtgebiet durchsucht.

69 3. Die gefundenen Daten werden mit der städtischen/bezirklichen Datenbank  
70 der vergebenen Registrierungsnummern abgeglichen.

71 4. Treffer im System: Inserate, die keine Nummer haben oder nicht zu den  
72 angemeldeten Daten passen, werden auf eine Prioritätenliste für die Sachbearbeiter  
73 des bezirklichen Wohnungsamtes erfasst. Diese können anschließend mögliche  
74 Zweckentfremdungen effizient überprüfen.

75

## 76 **Konzepte gegen Mietwucher**

77 Wir fordern eine konsequente Anwendung des Wirtschaftsstrafgesetzes (§5 WiStG):

- 78 • Verfolgung von Mietpreisüberhöhung (§5 WiStG).
- 79 • Implementierung von Meldestrukturen.
- 80 • Einsatz von Software, die Wohnungsangebote systematisch scannt und erkennt  
81 (Modell Freiburg).
- 82 • Überprüfung der „auffälligen“ Angebote durch Sachbearbeiter im Bezirk.
- 83 • Der erhöhte Personalbedarf kann durch Priorisierung an anderer Stelle  
84 eingespart werden, langfristig können auch zusätzliche Stellen geschaffen  
85 werden.

86

## 87 **Konzepte zum Schutz von Mietwohnungen**

88 Milieuschutzgebiete müssen ausgeweitet werden. Dafür sollen politische Mehrheiten  
89 organisiert werden, um weitere Gebiete zu prüfen und festzulegen.

90

91 Abrisse von Wohnhäusern müssen verhindert werden. Besonders häufig betroffen sind  
92 preiswerte Wohnungen. Wo ein Abriss nicht zu verhindern ist, muss bezahlbarer  
93 Ersatzwohnraum erzwungen werden. Die Umwandlung von Miet- in  
94 Eigentumswohnungen soll unterbunden werden.

95

96 Wohnungstauschzentralen sollen bei den öffentlichen landeseigenen  
97 Wohnungsunternehmen (LWU) eingerichtet werden, möglichst unter Mitnahme der  
98 alten Mieten. Energetische Modernisierungen sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben.  
99 Wenn sie politisch gewünscht sind, muss die Politik diese auch mitfinanzieren.

100

101 Das BSW Charlottenburg-Wilmersdorf unterstützt den Volksentscheid „Deutsche  
102 Wohnen & Co enteignen“.

103

#### 104 **Konzepte für Neubau**

105 Berlin braucht wieder einen starken Sektor öffentlich finanzierter Wohnungen. Größere  
106 Teile des Wohnungsmarktes müssen in Berlin wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit  
107 unterworfen werden. Die bestehenden landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU)  
108 sollen in eine oder mehrere Anstalten (AöR) umgewandelt werden, um ihren  
109 öffentlichen Auftrag dauerhaft zu sichern. Öffentliche Grundstücke dürfen künftig nur  
110 noch im Erbbaurecht vergeben werden. So bleibt der Boden langfristig in öffentlicher  
111 Hand.

112

113 Für schnellen und bezahlbaren Neubau setzen wir verstärkt auf Modulbauweise. Die  
114 moderne Platte ermöglicht preiswerteren Wohnungsbau. Gleichzeitig muss die  
115 Wohnungsbauförderung daran gebunden werden, dass dauerhaft preiswerter  
116 Wohnraum entsteht.

117

118

## 119 **Wirtschaft**

120 Charlottenburg-Wilmersdorf lebt von seinen Kiezen. Von kleinen Betrieben, Cafés,  
121 Restaurants, Dienstleistern und Handwerksbetrieben, die Orte der Begegnung schaffen,  
122 Arbeitsplätze sichern und das Gesicht unseres Bezirks prägen. Wenn diese Strukturen  
123 verschwinden, geht mehr verloren als nur Umsatz: auch Identität, Sicherheit und  
124 Lebensqualität. Viele dieser Betriebe haben die Folgen politischer Fehlentscheidungen  
125 besonders hart getroffen: Pandemieauflagen, Inflation, steigende Energiepreise und eine  
126 wachsende Bürokratielast wirken bis heute nach. Rückzahlungen, Schulden und hohe  
127 Fixkosten treffen auf eine Verwaltung, die oft mit Strafen und Auflagen reagiert, bevor  
128 sie berät oder unterstützt. Preissteigerungen sind deshalb kein Zeichen von Gier,  
129 sondern ein Symptom falscher Rahmenbedingungen. Sie belasten nicht nur  
130 Gewerbetreibende, sondern auch Arbeitnehmer, Familien und ältere Menschen im  
131 Bezirk.

132 Gleichzeitig zeigen sich in zentralen Geschäftsstraßen zunehmend gewerbliche  
133 Leerstände. Ein Beispiel sind die Kantstraße und Wilmersdorfer Straße, eine der  
134 wichtigsten Wirtschafts- und Kulturachsen unseres Bezirks. Leerstehende Ladenlokale  
135 schwächen nicht nur die lokale Wirtschaft, sondern verändern auch das Straßenbild und  
136 die Aufenthaltsqualität. Daher setzen wir uns für eine stärkere Nutzung von Pop-up-  
137 Stores ein. So werden leerstehende Ladenflächen belebt, während junge  
138 Gewerbetreibende, Start-ups und kreative Projekte unkompliziert Raum erhalten, um  
139 ihre Ideen auszuprobieren. Dadurch können Eigentümer, Gewerbe und das Kiezleben  
140 gleichermaßen profitieren. Ziel ist es, das Straßenbild aufzuwerten, neue Besucher  
141 anzuziehen und insbesondere die Gastronomie- und Kulturszene wiederzubeleben und  
142 zu stärken. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die nicht gegen, sondern mit den  
143 Menschen arbeitet. Der Bezirk muss seine Handlungsspielräume nutzen: durch bessere  
144 Kommunikation vor Sanktionen, durch nachvollziehbare Regeln, durch eine Überprüfung  
145 bezirklicher Auflagen und Gebühren sowie durch mehr Augenmaß bei Kontrollen. Unser

146 Ziel ist ein Bezirk, in dem wirtschaftliche Vernunft, soziale Verantwortung und lebendige  
147 Kieze zusammengehören und in dem Politik wieder als Partner wahrgenommen wird,  
148 nicht als Hürde.

149 **Was der Bezirk real leisten kann, ohne leere Versprechen:**

150 1. Beratung vor Sanktionen

- 151 • Einführung eines verbindlichen Grundsatzes: erst Information und Gespräch,  
152 dann ggf. Strafe (gerade bei neuen Regelungen, Baustellenänderungen,  
153 Lieferzonen oder Sondernutzungen).

154 2. Überprüfung bezirklicher Auflagen & Gebühren

- 155 • Evaluierung von Gebühren, Auflagen und Sondernutzungsregelungen auf  
156 Verhältnismäßigkeit.
- 157 • Ziel: Entlastung kleiner und mittlerer Betriebe, ohne Sicherheit oder Ordnung zu  
158 gefährden.

159 3. Klare Kommunikation bei Veränderungen

- 160 • Frühzeitige Information lokaler Betriebe bei Baustellen, Verkehrsumleitungen  
161 und Umnutzungen.
- 162 • Einheitliche Ansprechpartner im Bezirksamt für Gewerbetreibende.

163 4. Belebung von Geschäftsstraßen und Reduzierung von Leerstand

- 164 • Leerstehende Ladenlokale als Pop-up-Stores (als befristete Übergangslösung)  
165 nutzbar machen, z. B. für Galerien, Kulturprojekte, Gastronomien, usw.
- 166 • Unterstützung von Zwischennutzungen, damit Gewerbeflächen für wenige  
167 Wochen oder Monate gemietet werden können. Davon profitieren  
168 Gewerbetreibende, Vermieter und der Kiez gleichermaßen.
- 169 • Vermittlung zwischen Eigentümern, Gründern und lokalen Projekten, z. B. über  
170 Wirtschaftsförderung oder Leerstandsplattformen.

- 171       • Zentrale Ansprechstelle im Bezirksamt zur Vermittlung zwischen Eigentümern  
172           und Interessenten.

173

174

## 175   **Gemeinsam sozial und gerecht**

176   In kaum einem Bezirk sind die Unterschiede zwischen ärmeren und besser situierten  
177   Wohngemeinden so groß wie in Charlottenburg-Wilmersdorf. In Berlin lebt rund jedes  
178   vierte Kind in einer Familie, die auf Grundsicherung angewiesen ist. Armut wie  
179   Reichtum werden oft an die nächste Generation weitergegeben und prägen somit  
180   Bildungschancen, Gesundheit sowie soziale und kulturelle Teilhabe. Das BSW steht für  
181   ein solidarisches Miteinander. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt und den Ausbau  
182   der sozialen Infrastruktur im Bezirk ein, denn Beratungsstellen und Hilfsangebote  
183   werden vor allem von Familien dringender gebraucht denn je.

184

185   Als zentralen Bestandteil der Sozialpolitik für Charlottenburg-Wilmersdorf betrachten  
186   wir die Unterstützung von Menschen ohne eigene Wohnung oder mit drohendem  
187   Wohnungsverlust. Die stark gestiegene Anzahl an Wohnungslosen rund um den  
188   Bahnhof Zoo zeigt deutlich, dass die bisherigen Ansätze nicht ausreichen. Wohnen ist  
189   ein Grundrecht, und Politik muss Perspektiven schaffen, statt Menschen nur zu  
190   verwalten.

191

192   Wir fordern eine Abkehr von reiner Symptombekämpfung hin zu einer Politik, die  
193   Wohnungslosigkeit als gesellschaftliche Aufgabe begreift. Rund um die  
194   Bahnhofsmiession am Bahnhof Zoo und auch an Orten wie dem Stuttgarter Platz und in  
195   U-Bahnhöfen braucht es mehr niedrigschwellige Sozialarbeit, die respektvoll  
196   unterstützt statt zu verdrängen. Würdige sanitäre Angebote müssen kurzfristig und  
197   dauerhaft ausgebaut werden.

198

199 Modellprojekte mit präventiven Ansätzen sowie Schutzräume, die eine dauerhafte  
200 Wohnperspektive im Blick haben, können helfen, Wohnungslosigkeit dauerhaft zu  
201 überwinden. Dazu gehört auch der Ausbau weiterer Anlaufstellen nach dem Vorbild der  
202 Bahnhofsmission entlang dem S-Bahnring, um das Ballungsgebiet um den Bahnhof  
203 Zoo und den Hardenbergplatz zu entlasten. Wir unterstützen den Housing-First-Ansatz,  
204 der Menschen bedingungslos mit Wohnraum versorgt und wollen diesen im Bezirk  
205 konsequent voranbringen.

206

207 Wir setzen uns für mehr Kältehilfeplätze im Bezirk ein, insbesondere für geschützte  
208 Angebote an Frauen. Diese Orte sollen verstetigt und ganzjährig zu Beratungs- und  
209 Begegnungsorten weiterentwickelt werden. Betroffene müssen dabei an der  
210 Gestaltung der Hilfen beteiligt werden, damit Angebote ihren tatsächlichen  
211 Bedürfnissen entsprechen.

212

213 Um der großen sozialen Ungleichheit im Bezirk zu begegnen und dabei proaktiv ein  
214 solidarisches Miteinander zu fördern, wollen wir einen eigenen Freizeitpass für  
215 Charlottenburg-Wilmersdorf einführen. Dabei sollen Bürger, die sich daran beteiligen  
216 möchten, Patenschaften übernehmen können, damit Familien, Rentner und Bedürftige  
217 Zugang zu Schwimmbädern, Museen und Freizeitangeboten erhalten. Idealerweise  
218 würde ein solches Projekt vom Senat unterstützt und somit aus dem Bezirkshaushalt  
219 finanziert, aber wir wollen sofort handeln, nicht ewig auf eine Finanzierung warten und  
220 den Menschen im Bezirk auf diesem Wege eine Möglichkeit geben, sich gegenseitig zu  
221 unterstützen.

222

223 Wir wollen nicht nebeneinander her leben, sondern miteinander für ein soziales  
224 Charlottenburg-Wilmersdorf streiten. Deshalb unterstützen wir Bürgerdialoge und  
225 andere Austauschformate, denn die Bürger in Charlottenburg-Wilmersdorf verdienen  
226 es, ihre Meinung zum Ausdruck bringen zu können. Zusätzlich streben wir eine  
227 Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen im Bezirk an, um  
228 gemeinsam Konzepte zu entwickeln und Veranstaltungen zu organisieren.

229

230

## 231 **Bildung, Jugend und Familie**

232 Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit einer vielfältigen und leistungsfähigen  
233 Bildungslandschaft. Neben Gemeinschaftsschulen und integrierten Sekundarschulen  
234 prägen auch traditionsreiche Gymnasien das schulische Profil unseres Bezirks. Alle  
235 drei Schulformen leisten einen wichtigen Beitrag zur Bildungsqualität. Gleichzeitig  
236 stehen wir vor erheblichen Herausforderungen: Steigende Schülerzahlen,  
237 sanierungsbedürftige Gebäude, Unterrichtsausfall durch Lehrermangel und soziale  
238 Unterschiede zwischen einzelnen Kiezen.

239

240 Für uns gilt: Bildung darf nicht vom Elternhaus abhängen. Jeder Schüler in unserem  
241 Bezirk muss die gleichen Chancen auf eine hochwertige Bildung, stabile  
242 Lernbedingungen und eine positive persönliche Entwicklung erhalten. Schule muss  
243 Leistung fördern, Talente entwickeln und sozialen Aufstieg ermöglichen.  
244 Gemeinschaftsschulen bieten die Chance des längeren gemeinsamen Lernens und  
245 vermeiden eine zu frühe Festlegung von Bildungswegen. Gerade in einem sozial  
246 gemischten Bezirk können sie helfen, Potenziale besser zu entfalten und  
247 Bildungsungleichheit abzubauen. Deshalb wollen wir sie qualitativ stärken und  
248 personell gut ausstatten.

249

250 Unsere Gymnasien sind ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft im Bezirk und  
251 bieten Schülern einen klar strukturierten Weg bis zum Abitur. Auch dort braucht es  
252 verlässliche Rahmenbedingungen, eine moderne Ausstattung und ausreichend  
253 Lehrkräfte, damit Unterricht kontinuierlich und auf hohem Niveau stattfinden kann.  
254 Gute Bildung braucht gute Gebäude. Viele Schulstandorte im Bezirk sind  
255 sanierungsbedürftig. Marode Sanitäranlagen, veraltete Sporthallen und fehlende  
256 Fachräume belasten den Schulalltag. Wir setzen uns für eine konsequente

257 Sanierungsoffensive ein. Investitionen müssen beschleunigt und nach klaren Kriterien  
258 priorisiert werden.

259

260 Inhaltlich setzen wir auf Qualität vor Ideologie. In der Grundschule müssen Lesen,  
261 Schreiben und Rechnen wieder uneingeschränkt im Mittelpunkt stehen. Ohne sichere  
262 Grundkompetenzen entstehen spätere Bildungsbrüche. Digitale Medien können  
263 sinnvoll ergänzen, dürfen aber die Grundlagen nicht ersetzen. In der Primarstufe halten  
264 wir eine dauerhafte Nutzung von Smartphones und Tablets für pädagogisch nicht  
265 zielführend.

266

267 Schule ist zudem ein sozialer Raum. Deshalb brauchen alle Schulformen ausreichend  
268 Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und präventive Unterstützungsangebote.  
269 Lehrkräfte müssen entlastet werden, damit sie sich auf ihren Bildungsauftrag  
270 konzentrieren können.

271

272 Entscheidend ist die frühe Förderung. Immer mehr Kinder beginnen die Schule mit  
273 sprachlichen oder motorischen Defiziten. Wir setzen uns für ein verpflichtendes  
274 Vorschuljahr ein, um Bildungslücken rechtzeitig zu schließen.

275

276 Neben den Schulen sind die Universitäten und Hochschulen ein integraler Bestandteil  
277 der Bildungslandschaft Charlottenburgs. Diese Einrichtungen sollten sich stärker für  
278 die Bürger Charlottenburgs und Berlins öffnen, z.B. durch populärwissenschaftliche  
279 Veranstaltungen und einfachere Möglichkeiten, Räume für bezirkliche Aktivitäten zu  
280 nutzen.

281

282 Der Zustand vieler Gebäude dieser Universitäten und Hochschulen ist dramatisch  
283 schlecht. Mehrere Gebäude stehen wegen Bauschäden leer, darunter das TEL-  
284 Gebäude am Ernst-Reuter-Platz. Hier ist das Land gefordert.

285

286

## 287 **Migration und Integration**

288 Wer verfolgt wird, braucht Schutz. Doch Humanität ist kein Freibrief für Planlosigkeit. In  
289 Charlottenburg-Wilmersdorf setzen wir uns für eine Integrationspolitik ein, die auf  
290 Ehrlichkeit basiert: Wir benennen die Belastungsgrenzen unserer sozialen Infrastruktur,  
291 fordern Eigenverantwortung ein und begegnen jedem Menschen mit Würde.  
292 Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Sprache oder Identität hat in unserem Bezirk  
293 keinen Platz.

294

### 295 **Stopp der Überforderung: Das Beispiel Soorstraße**

296 Die Pläne des Senats für die Soorstraße 80-82 in Westend sind ein Musterbeispiel für  
297 fehlende Weitsicht und mangelnde Bürgerbeteiligung. Eine Belegung mit bis zu 1.500  
298 Flüchtlingen in einem einzigen Gebäudekomplex sprengt jedes gesunde Verhältnis zur  
299 Nachbarschaft. Solche Großunterkünfte verhindern echte Integration und fördern die  
300 Entstehung von Parallelgesellschaften.

301

302 Wir fordern einen Infrastruktur-Vorbehalt: Keine neuen Plätze ohne vorherigen Ausbau  
303 von Schulen, Kitas und Arztpraxen. Dies gilt insbesondere für Schulen an der  
304 Heerstraße Nord und Kitas in Wilmersdorf. Eine Überlastung führt zu Spannungen und  
305 Konflikten, die weder den Anwohnern noch die Flüchtlinge dienen.

306

307 Wir fordern finanzielle Transparenz: Ein Zehn-Jahres-Mietvertrag mit geschätzten  
308 Kosten von 150 Millionen Euro, während bezirkliche Schulen sanierungsbedürftig  
309 sind, ist ein Skandal. Wir fordern eine faire Verteilung innerhalb Berlins und ein Ende  
310 der Profitmaximierung durch Immobilienbesitzer auf Kosten des Bezirks.

311

### 312 **Integration durch wertschöpfende Arbeit**

313 Arbeit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche  
314 Anerkennung. Wir wollen einen Ausstieg aus Warteschleifen und in Kooperation mit  
315 dem lokalen Mittelstand – vom Handwerk in Westend bis zur Gastronomie am

316 Savignyplatz – einen Direkteinstieg in Arbeit für Flüchtlinge ermöglichen. Sprache und  
317 Qualifikationen müssen begleitend zum Arbeitsalltag vermittelt werden.

318

319 Wir fordern die gezielte Vermittlung arbeitsfähiger Flüchtlinge in gemeinnützige  
320 Tätigkeiten (§ 5 AsylbLG). Wer sich für das Gemeinwesen einbringt, erfährt  
321 Wertschätzung. Die Verweigerung zumutbarer Maßnahmen muss aber auch  
322 Konsequenzen für staatliche Leistungen haben.

323

### 324 **Schutz vor Diskriminierung und Anerkennung der Vielfalt**

325 Wir setzen uns für ein Klima des Respekts ein, in dem niemand aufgrund seiner  
326 Herkunft oder Muttersprache ausgegrenzt wird. Wir fördern den interkulturellen Dialog,  
327 der die Herkunftsländer als Bereicherung begreift und Vorurteile abbaut.

328

329 Wir verurteilen jede Form von Diskriminierung, z. B. von russischsprachigen Bürgern  
330 und von Spätaussiedlern. Sie sind ein fester Teil unserer Gemeinschaft und politische  
331 Konflikte dürfen nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden.

332

### 333 **Sport und Kulturvereine als Brückenbauer**

334 Vereine sind das soziale Rückgrat unseres Bezirks. Hier werden Barrieren im täglichen  
335 Miteinander abgebaut. Wir setzen uns für mehr Anerkennung von  
336 Integrationsleistungen ein. Sportvereine und Kulturvereine, die aktiv Sprachvermittlung  
337 und Werteintegration leisten, sollen einen Zugang zu bezirklichen Fördermitteln  
338 erhalten.

339

340 Die Zweckentfremdung von Turnhallen (wie in der Sömmeringstraße) als langfristige  
341 Notunterkünfte lehnen wir ab. Der Schulsport und das Vereinsleben sind für die soziale  
342 Stabilität im Kiez unverzichtbar und müssen geschützt werden.

343

344

### 345 **Verkehrspolitik ist Sozialpolitik**

346 Mobilität ist eine Voraussetzung für Arbeit, Familie und Freizeit. Wir brauchen eine  
347 Verkehrspolitik, die es jedem ermöglicht, sich frei in unserem Bezirk zu bewegen. Egal  
348 ob mit dem Auto, dem Fahrrad, zu Fuß, oder mit dem ÖPNV. In den letzten Jahren war  
349 die Verkehrspolitik zunehmend ideologisch darauf gerichtet, eine Spaltung zwischen  
350 Verkehrsteilnehmern zu errichten. Das wollen wir ändern.

351

352 Für viele Berliner sind die täglichen Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln  
353 unabdingbar. Stilllegungen von Linien und Taktungslücken sind aber für viele zu einer  
354 spürbaren Beeinträchtigung im Alltag geworden. Ständige Ausfälle von Aufzügen und  
355 Rolltreppen erschweren das Leben für Rentner, Familien und mobilitätseingeschränkte  
356 Personen erheblich. Sauberkeit und Sicherheit haben sich in den letzten Jahren  
357 deutlich verschlechtert. Wo die anderen versagen, wollen wir einsteigen.

358

359 Deshalb hat das BSW den Ausbau und die Verbesserung des ÖPNV als zentrales  
360 verkehrspolitisches Anliegen.

361

362 S- und U-Bahnen sollen als Hauptverkehrsträger im Bezirk erhalten bleiben und  
363 attraktiver gemacht werden, unter anderem durch bessere Beleuchtung und  
364 Überdachung. Wir fordern deutlich kürzere Reparaturzeiten bei Aufzug- und  
365 Rolltreppenausfällen, um die Barrierefreiheit sicherzustellen. Das Muva-Angebot und  
366 Rufbusse sollen wieder eingeführt bzw. erweitert werden.

367

368 Wir setzen uns für die schnelle Umsetzung der geplanten Tramlinie M10 von U  
369 Turmstraße – Mierendorffplatz – S+U Jungfernheide ein. Dadurch wird die Anbindung  
370 von Charlottenburg-Nord deutlich verbessert. Die Straßenbahn soll eine wichtige Ost-  
371 West-Verbindung für Charlottenburg-Nord ermöglichen.

372

373 Das BSW Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich für weitere Kiezbuslinien in den  
374 Außenbezirken ein. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Buslinie 310 vom S  
375 Charlottenburg nach Schmargendorf und einer Schnellbuslinie ausgehend von

376 Charlottenburg-Nord, ähnlich zur stillgelegten TXL-Linie. Buslinien müssen mindestens  
377 in 10-Minuten-Takt fahren. Dies fordern wir konkret für die Linien M19, M29 und 110  
378 am Abend und am Wochenende, um die Anbindung von Grunewald und Halensee zu  
379 verbessern.

380

381 In Berlin gibt es auch viele Menschen, die ihre Autos brauchen. Nicht nur für den Weg  
382 zur Arbeit, für Einkäufe und für den Schulweg, sondern auch für den Ausflug am  
383 Wochenende. Wir wollen, dass es für Menschen einfacher wird, auch solche Fahrten  
384 mit dem ÖPNV zu unternehmen. Wir lehnen aber entschieden übermäßige Auflagen ab,  
385 die Autofahrten zur Arbeit oder am Wochenende praktisch verbieten würden. Deshalb  
386 sagt das BSW eindeutig „Nein“ zum „Berlin autofrei“.

387

388 Verkehrsberuhigung ja, wo sinnvoll, aber keine Kiezblocks, die den Verkehr nur aus  
389 den gut situierten Kiezen in die ohnehin schon viel befahrenen Hauptstraßen umlenkt.  
390 Parkplatzvernichtung ohne Grund lehnen wir ab und erst recht, wenn dabei Parkplätze  
391 für Behinderte verloren gehen.

392

393 Die lokale Wirtschaft ist ein zentrales Anliegen für uns und das widerspiegelt sich auch  
394 in unserer Verkehrspolitik. Ladezonen sollen in allen Straßen mit hohem Lieferverkehr  
395 eingeführt werden, um den lokalen Handel und die Gastronomie zu unterstützen, unter  
396 anderem in der Kantstraße. Dies beendet das Parken in zweiter Reihe und entlastet  
397 den Verkehrsfluss.

398

399 Für einen sicheren Radverkehr sind Radwege von der Fahrbahn durch geeignete  
400 Sperren baulich zu trennen. Diese dürfen Sicherheits- und Rettungsdienste nicht  
401 behindern. Für die Sicherheit der Radfahrer müssen Radwege aber auch in einem  
402 fahrbaren Zustand gehalten werden. Wir fordern Reparaturmaßnahmen für bestehende  
403 Radwege, unter anderem auf der Bundesallee und am Siemensdamm.

404

405 Die Sicherheit der Fußgänger muss stärker in den Fokus rücken. Wir fordern  
406 Zebrastreifen für unsichere Übergänge und fußgängerfreundlichere Ampelschaltung.

407

408

## 409 **Gesundheit**

410 Gesundheit ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf im Bezirk nicht vom Zufall,  
411 vom Wohnort oder von sozialer Lage abhängen. Gesundheitspolitik wird oft als reine  
412 Landes- oder Bundesaufgabe dargestellt. Tatsächlich entscheidet sich jedoch im Bezirk,  
413 ob Menschen Zugang zu Beratung, Prävention und Unterstützung haben oder nicht. In  
414 Charlottenburg-Wilmersdorf liegen zentrale Hebel der Gesundheitsversorgung beim  
415 Bezirksamt: im Gesundheitsamt, in der Kinder- und Jugendgesundheit, in der sozialen  
416 Beratung sowie in der Zusammenarbeit mit freien Trägern und Initiativen. Der Bezirk  
417 steuert Personal, Organisation und Schwerpunktsetzung dieser Angebote. Er  
418 entscheidet, ob Strukturen nur verwaltet oder aktiv weiterentwickelt werden, ob  
419 Versorgungslücken ignoriert oder gezielt geschlossen werden.

420

421 Genau hier setzt das BSW Charlottenburg-Wilmersdorf an: Wir konzentrieren uns auf  
422 Maßnahmen, die ohne Gesetzesänderungen, ohne Bundesbeschlüsse und ohne  
423 jahrelange Reformprozesse umgesetzt oder spürbar verbessert werden können.

424

425 Durch bessere Koordination, klare politische Prioritäten und eine stärkere Ausrichtung  
426 auf Prävention kann der Bezirk die Gesundheitsversorgung sichtbar entlasten, sowohl  
427 für Bürger als für Rettungsdienste, Praxen und soziale Einrichtungen. Die Erfahrungen  
428 mit der Corona-Pandemie haben zudem gezeigt, wie wichtig transparente  
429 Entscheidungen und eine ehrliche Aufarbeitung staatlichen Handelns sind. Auch auf  
430 Bezirksebene müssen Abläufe, Maßnahmen und ihre Auswirkungen ausgewertet  
431 werden, um Vertrauen wiederherzustellen und für künftige Krisen besser vorbereitet zu  
432 sein.

433

434 Wir unterstützen den Ausbau sogenannter Integrierter Notfallzentren (INZ) an Berliner  
435 Kliniken, die dazu beitragen, überlastete Rettungsstellen zu entlasten und Patienten  
436 schneller an die richtige medizinische Versorgung weiterzuleiten.

437

438 Unser Ansatz ist bewusst pragmatisch: Wir versprechen nicht, was der Bezirk nicht  
439 leisten kann, sondern nutzen die Handlungsspielräume, die vorhanden sind. Unser Ziel  
440 ist eine präventive, soziale und solidarische Gesundheitspolitik im Kiez. Pragmatisch,  
441 wirksam und nah an den Menschen.

442

#### 443 **Unsere Maßnahmen mit bezirklicher Wirkung**

444 1. Stärkung des Gesundheitsamtes als bezirkliche Kernverwaltung

- 445 • Mehr Personal, bessere Organisation und klare Zuständigkeiten wirken  
446 unmittelbar auf Beratung, Prävention und Krisenintervention. Gute  
447 Arbeitsbedingungen sichern Fachkräfte und verhindern weitere  
448 Personalverluste.

449 2. Kindergesundheit und frühe Prävention

- 450 • Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst ist direkt im Bezirk angesiedelt.
- 451 • Frühzeitige Vernetzung mit Kitas ermöglicht frühes Erkennen von Entwicklungs-  
452 und Gesundheitsproblemen. Prävention im Vorschulalter vermeidet spätere  
453 kostenintensive Hilfen.

454 3. Versorgung wohnungsloser und besonders belasteter Menschen

- 455 • Aufsuchende Angebote werden bezirklich organisiert und finanziert, was auch  
456 direkte Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl im Kiez hat.

457 4. Entlastung der Notfallversorgung

- 458 • Durch Information, Prävention und Erste-Hilfe-Kompetenz kann der Bezirk die  
459 Zahl unnötiger Rettungseinsätze senken. Stärkere Information der Bevölkerung  
460 über alternative Anlaufstellen wie den telefonisch erreichbaren ärztlichen  
461 Bereitschaftsdienst.
- 462 • Unterstützung und politische Begleitung beim Ausbau von Integrierten  
463 Notfallzentren (INZ) an Berliner Kliniken.

464 • Wir unterstützen die Förderung von öffentlich zugänglichen Defibrillatoren und  
465 auch eine öffentliche Förderung von Erste-Hilfe Kursen.

466 5. Corona-Aufarbeitung auf Bezirksebene unterstützen

467 • Auswertung der Erfahrungen des Gesundheitsamtes und anderer bezirklicher  
468 Einrichtungen während der Pandemie.

469 • Transparente Berichte über Abläufe, Herausforderungen und  
470 Verbesserungsmöglichkeiten.

471 • Entwicklung bezirklicher Krisenpläne für Pandemien oder andere  
472 gesundheitliche Notlagen.

473 • Bessere organisatorische und digitale Vorbereitung des Gesundheitsamtes.

474

475

## 476 **Natur und Umwelt für einen lebenswerten Bezirk**

477 Das BSW Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich dafür ein, dass sowohl die Familien  
478 auf engem Raum als auch die älteren Menschen ohne Balkon und die Kinder, die im  
479 Sommer auf aufgeheizten Schulhöfen spielen müssen, von einem grünen und  
480 lebenswerten Bezirk profitieren. Wir wollen, dass Berlin seine grüne Seele behält und  
481 dabei niemanden zurücklässt.

482 Der dauerhafte Schutz aller bestehenden Grünflächen und Kleingärten ist für uns  
483 unverzichtbar.

484

### 485 **Kleingärten erhalten**

486 Wir setzen uns für den Erhalt der Kleingärten ein, da diese immer wieder Zielscheibe  
487 spekulativer Bauvorhaben sind. Diese wertvollen Erholungsräume müssen für die  
488 Berliner Stadtbevölkerung erhalten bleiben.

489

### 490 **Eine echte Baumoffensive starten**

491 In unserem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf fordern wir die schnelle und  
492 konsequente Bepflanzung der 2.000 noch nicht bepflanzten Baumscheiben. Kranke  
493 Straßenbäume müssen ersetzt und alte Wurzeln entfernt werden, um Platz für neue

494 Bäume zu schaffen. Bei der Bepflanzung mit neuen Bäumen sollte auf eine  
495 allergikerfreundliche Auswahl der Bäume geachtet werden.

496

#### 497 **Hitzeschutzkonzepte für Parks und Grünanlagen entwickeln**

498 Im Rahmen von Hitzeschutzkonzepten wollen wir exemplarisch die Ausstattung des  
499 Volksparks Wilmersdorf verbessern. Dazu gehören mehr Trinkbrunnen und zusätzliche,  
500 ganzjährig geöffnete Toiletten. Öffentliche Parks und Grünflächen sind wichtige Orte  
501 zum Erholen, Begegnen und Zusammensein. Gerade in Zeiten zunehmender Hitze wird  
502 deutlich, wie wichtig frei zugängliches Trinkwasser, Sitzgelegenheiten und öffentliche  
503 Toiletten sind.

504

505 Wenn Trinkbrunnen und Toiletten fehlen, wie im Volkspark Wilmersdorf, sind die  
506 Menschen auf anliegende Kneipen und Gasthäuser angewiesen, was häufig zur  
507 Verärgerung der Betreiber oder zu Konsumzwang führt. Menschen sollten Grünanlagen  
508 uneingeschränkt nutzen können – das betrifft vor allem diejenigen, die auf kostenlose  
509 und wohnortnahe Aufenthaltsorte angewiesen sind.

510

#### 511 **Pflege und Sicherheit der Grünanlagen**

512 Bei der Pflege der Grünanlagen sollte stärker darauf geachtet werden, dass sich  
513 Menschen dort sicher fühlen. Dazu zählen eine gute Beleuchtung der Hauptwege, die  
514 Planung von mehr übersichtlich gestalteten Bereichen, wo Menschen sich aufhalten  
515 können, sowie der bereits erprobte Einsatz von Parkläufern. Auch das  
516 Sicherheitsgefühl entscheidet darüber, ob Parks und andere Grünanlagen gerne  
517 genutzt werden. Sauberkeit und gute Beleuchtung tragen wesentlich dazu bei, dass  
518 Grünflächen als angenehme Treffpunkte wahrgenommen werden. Die Pflege und  
519 Instandhaltung von Sitzgelegenheiten, insbesondere von Bänken für Anwohner und  
520 Passanten, muss verbessert werden. Nur wenn wir Umweltschutz als soziale Aufgabe  
521 verstehen und alle Menschen mitnehmen, können wir Berlin zu einer wirklich  
522 nachhaltigen und gerechten Stadt machen.

523

524

## 525 **Kultur für alle**

### 526 **Gegen Zensur**

527 Die Kunst muss frei und breit zugänglich sein. Das BSW wendet sich dagegen, die  
528 Förderung von Kunst an ästhetische und politische Normen zu binden.

529

### 530 **Kulturerbe erhalten**

531 Das momentan dringlichste Anliegen ist, dass der Berliner Kulturerbe nicht weiter  
532 gestrichen werden darf, sondern im Gegenteil erhöht werden muss, um die kulturelle  
533 Infrastruktur Berlins zu sichern und weiterzuentwickeln.

534

### 535 **Dezentrale Kulturarbeit sichern**

536 Dazu gehört u.a. die Sicherung des Fonds für dezentrale Kulturarbeit in unserem Bezirk  
537 Charlottenburg-Wilmersdorf, um die bezirkliche Kunst- und Kulturarbeit nicht zu  
538 gefährden. Das betrifft u.a. die Finanzierung nichtkommerzieller Räume für die  
539 Produktion und Rezeption von Kunst, sowie die finanzielle Unterstützung interkulturelle  
540 Kultureinrichtungen wie zum Beispiel KiezKultur Charlottenburg e.V. und vieles mehr.

541

### 542 **Kulturpass und eintrittsfreien Museumstag wieder einführen**

543 Wir setzen uns für die auf Landesebene geforderte Wiedereinführung des eintrittsfreien  
544 Museumsonntags ein und sind für die Wiedereinführung eines Freizeitpasses,  
545 vergleichbar dem Kulturpass für Jugendliche, der abgeschafft wurde.

546

### 547 **Kommunale Galerien unterstützen**

548 Wir wollen die Kommunale Galerie am Hohenzollerndamm u.a. durch Hinweise auf ihr  
549 Programm – Ausstellungen, Führungen und Diskussionsrunden unterstützen, damit sie  
550 in der Öffentlichkeit als eine nichtkommerzielle Einrichtung eine größere Wahrnehmung  
551 erfährt.

552

553 **Etablierte Kulturinstitutionen zur kulturellen Teilhabe verpflichtet**

554 Wir fordern, dass eine so hoch subventionierte Kulturinstitution wie die Deutsche Oper  
555 Berlin zur kulturellen Teilhabe, zum sozialen Frieden und zum nachbarschaftlichen  
556 Miteinander beiträgt. Darum wollen wir die Öffnung und niedrighschwellige Nutzung der  
557 Foyers der Deutschen Oper. Dies soll unter Sicherstellung der Sicherheit erfolgen.  
558 Bedeutende Städte wie Basel oder Oslo haben bereits vergleichbare, funktionierende  
559 Konzepte, die vor allem auch den Sicherheitsschutz und die Sauberkeit mitdenken. Die  
560 Deutsche Oper soll sich so zu einem offenen, integrativen Kulturort etablieren.

561

562 **Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit von Musik- und Volkshochschulen**

563 Wir fordern die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit von Musikschulen und  
564 Volkshochschulen im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Das Bezirksamt wird  
565 aufgefordert, im Rahmen der geltenden haushaltsrechtlichen Vorgaben, Maßnahmen  
566 zu ergreifen, um die im Haushaltsplan verbleibenden Finanzierungslücken bei den  
567 bezirklichen Musikschulen und Volkshochschulen auszugleichen. Die fehlenden  
568 finanziellen Mittel würden eine drastische Reduzierung des Angebotes an Musik- und  
569 Volkshochschulen bedeuten. Beide Institutionen leisten im Bezirk Charlottenburg-  
570 Wilmersdorf einen unverzichtbaren Beitrag zur kulturellen Bildung, zur sozialen  
571 Teilhabe und zum lebenslangen Lernen und tragen darüber hinaus maßgeblich zur  
572 kulturellen Vielfalt und Attraktivität des Bezirks bei.